

SOLOTHURNER

# FREISINN

Wir machen Solothurn stark!



## Für einen schlanken Staat

Unterschriftensammlung zur Verwaltungsbremse-Initiative läuft

Den Jungfreisinnigen reicht's. Sie wehren sich mit der jüngst lancierten Verwaltungsbremse-Initiative gegen das übermässige Personalwachstum in der Bundesverwaltung. Die Initiative verlangt, dass die Personalausgaben der Bundesverwaltung nicht stärker ansteigen dürfen als der Medianlohn der Schweizer Bevölkerung. Das Initiativkomitee ist mit Parlamentsmitgliedern von FDP, GLP, Mitte und SVP breit abgestützt. Die Solothurnerin Melanie Racine (Bild; Zweite von rechts) ist als Vizepräsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz an vorderster Front dabei.

Bis im Oktober 2027 müssen 100 000 gültige Unterschriften zusammenkommen. Dieser Ausgabe des Solothurner Freisinns liegt ein Unterschriftenbogen bei. Wir freuen uns über jede Unterschrift für die Verwaltungsbremse-Initiative.



### **Liebe Freisinnige**

Der Abstimmungssonntag vom 8. März markiert einen wichtigen Moment für die Schweiz – und für uns Freisinnige. Zwei wichtige Vorlagen haben die Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer verantwortungsvollen, zukunftsgerichteten Politik entschieden.

### **Heiratsstrafe abgeschafft**

Mit der Abschaffung der Heiratsstrafe wird ein jahrzehntelanges Anliegen endlich Realität. Das neue Gesetz beseitigt dieses Unrecht und entlastet vor allem den Mittelstand. Arbeit lohnt sich künftig für alle stärker. Es steht der Mitte natürlich frei, diesen Fortschritt nicht anzuerkennen und dennoch an ihrer Initiative festzuhalten – über ein solches Demokratieverständnis wird im Abstimmungskampf zu diskutieren sein.

### **Neuer Schuldenfonds erfolgreich abgewehrt**

Ebenso deutlich haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den sogenannten Klimafonds abgelehnt. Sie haben erkannt, dass ein milliardenschwerer Schuldenfonds, der an der Schuldenbremse vorbeikonstruiert ist und ohne klare Finanzierung auskommt, keine nachhaltige Klimapolitik garantiert. Verantwortung für Umwelt und Finanzen gehört zusammen – genau dafür steht der Freisinn.

So erfreulich diese Ergebnisse sind, so sehr betrübt uns der Blick auf die geopolitische Lage

und die aktuellen Herausforderungen für unser Land. Die Welt ist unsicherer geworden, und sicherheitspolitische, wirtschaftliche sowie gesellschaftliche Fragen drängen sich mit neuer Wucht auf. Umso unverständlicher ist es, dass Teile der Schweizer Politik notwendige Antworten verweigern.

### **NEIN zur Chaos-Initiative**

Die sogenannte Chaos-Initiative ist ein Paradebeispiel: Sie löst kein Problem, schafft aber viele neue, gefährdet stabile Beziehungen, verlässliche Regeln und eine pragmatische Steuerung der Zuwanderung.

- › Wegfall der Personenfreizügigkeit: Der Zugang zu dringend benötigten Fachkräften würde erschwert. Gesundheitswesen, Tourismus und Landwirtschaft brauchen aber gut ausgebildete Arbeitskräfte.
- › Ende des Zugangs zum Schengen-System: Ohne Datenaustausch droht die Schwächung von Grenzkontrollen und Kriminalitätsbekämpfung.
- › Stillstand des Dublin-Abkommens: Hunderttausende in der EU abgewiesene Wirtschaftsmigranten könnten in der Schweiz erneut in Zweitgesuch stellen.

### **JA zum Zivildienstgesetz**

Gleichzeitig gilt es beim revidierten Zivildienstgesetz die Funktionsfähigkeit unserer Milizarmee zu sichern. Der Zivildienst darf kein Aus-

weichgefäss sein, das systematisch personelle Lücken in der Armee reisst. Ein Ja zum Gesetz bedeutet, Verantwortung für unsere Sicherheit zu übernehmen und die Balance zwischen Armee und Zivildienst wiederherzustellen. Die weitere Aushöhlung der Armeebestände muss ein Ende haben.

### **Verantwortung wahrnehmen, Blockaden überwinden**

Auch bei der Finanzierung der Armee erleben wir Blockaden, die den Dringlichkeiten, die sich unserem Land aktuell stellen, nicht gerecht werden. Wer hier einfach nach neuen Steuern und Abgaben ruft, rüttelt am Fundament des liberalen Erfolgsmodells. Es braucht jetzt Entschlossenheit und den Willen, Verantwortung zu übernehmen und die Prioritäten an den geopolitischen Notwendigkeiten auszurichten. Die Schweiz kann es sich nicht leisten, in entscheidenden Fragen stillzustehen und das Portemonnaie der Bevölkerung im Dreimonatsrhythmus zu belasten. Es muss ein Ruck durch die Politik gehen – im Interesse unseres Landes, unserer Sicherheit und unseres Wohlstands.

**Susanne Vincenz-Stauffacher,**  
Co-Parteipräsidentin und Nationalrätin

**Benjamin Mühlemann,**  
Co-Parteipräsident und Ständerat



## Los geht's in Richtung Wahlen 2027

### Präsidentiale Gedanken

#### Liebe Freisinnige

Die eidgenössischen Wahlen 2027 mögen noch weit entfernt erscheinen. Anderthalb Jahre sind eine lange Zeit – und gleichzeitig erstaunlich schnell vorbei. Wer bei Wahlen erfolgreich sein will, beginnt deshalb nicht erst im letzten Moment mit den Vorbereitungen. Genau aus diesem Grund haben wir frühzeitig einen Wahlausschuss eingesetzt und einen klaren Zeitplan für die kommenden Monate festgelegt. Strategie, Kandidaturen, Themen und Kampagnen müssen rechtzeitig vorbereitet werden, wenn wir als Freisinn auch künftig politische Wirkung entfalten wollen.

#### Emotionale Frage

Zu diesen strategischen Fragen gehört auch die Diskussion über mögliche Listenverbindungen. Sie ist im Freisinn historisch nicht unbelastet und löst verständlicherweise Emotionen aus. Politik ist schliesslich keine rein technische oder arithmetische Angelegenheit – sie ist auch geprägt von Erfahrungen, Erinnerungen und manchmal auch von alten Verletzungen. Gerade deshalb ist es wichtig, solche Fragen frühzeitig zu diskutieren.

Vor knapp einem Jahr haben mich die Freisinnigen zur Präsidentin unserer Kantonal-

partei gewählt. Diese Wahl war auch ein Zeichen dafür, dass der Solothurner Freisinn bereit ist, neue Wege zu gehen und strategische Fragen mit einem unverstellten Blick zu diskutieren – ohne die Last vergangener Konflikte.

### Es lohnt sich, die Frage nach möglichen Listenverbindungen ohne Scheuklappen zu betrachten.

#### Strategisches Instrument

Viele der politischen Verwerfungen, Verletzungen und Animositäten, die unsere Beziehungen zu anderen Parteien geprägt haben, habe ich persönlich nicht miterlebt. Das erlaubt mir, solchen Fragen mit einer gewissen Distanz zu begegnen. Die eigentliche Frage ist deshalb, ob der Solothurner Freisinn als Ganzes bereit ist, solche Überlegungen ebenfalls mit einem

offenen Blick anzugehen. Denn Listenverbindungen sind im Wahlsystem zunächst einmal ein strategisches Instrument. Entscheidend ist deshalb nicht, mit wem man politisch am liebsten zusammenarbeitet, sondern welche Konstellation dem Freisinn die grösste politische Wirkung ermöglicht.

Es lohnt sich also, diese Frage ohne Scheuklappen zu betrachten. Vielleicht führt sie am Ende zu einer Listenverbindung – vielleicht auch nicht. Entscheidend ist, dass wir sie offen und ohne vorgefestigte Positionen prüfen. Denn nur wenn wir bereit sind, alle Optionen nüchtern zu betrachten, können wir die strategischen Entscheidungen treffen, die dem Freisinn am meisten nützen.

In diesem Sinne beginnen wir mit den Wahlkampf vorbereitungen und gehen selbstbewusst und voller Vorfreude in diese Phase. Denn ich bin überzeugt: Die Schweiz braucht mehr Freisinn.

**Herzlich**  
**Sabrina Weisskopf,**  
 Präsidentin FDP Kanton Solothurn



# Nein zur Stellvertretungsregelung

Unsere Parolen für die Abstimmung vom 14. Juni 2026

In knapp einem Monat kommen im Kanton Solothurn drei Abstimmungsvorlagen vors Volk. Die Chaos-Initiative ist in aller Munde. Auch die Änderung des Zivildienstgesetzes wird medial häufig aufgegriffen. Nur das einzige kantonale Geschäft findet kaum Beachtung.

Im Kanton Solothurn liegen zwei Vorlagen für den Abstimmungssonntag vom 14. Juni 2026 vor, die inhaltlich das gleiche Geschäft betreffen: Mit einer Änderung der Kantonsverfassung und des Kantonsratsgesetzes soll die Grundlage geschaffen werden, damit Kantonsrätinnen künftig die Möglichkeit erhalten, sich bei Mutterschaft an Parlamentssitzungen vertreten zu lassen. Die Vertretung ist freiwillig. Sie kann für einen Zeitraum von drei bis zwölf Monaten in Anspruch genommen werden – auch bereits vor der Geburt des Kindes.

Infolge einer zwischenzeitlich erfolgten Anpassung der Erwerbsersatzordnung auf Bun-

desebene bringt das kantonale Geschäft eine negative Konsequenz mit sich: Wird die Stellvertretungsregelung vom Stimmvolk angenommen, verlieren Kantonsrätinnen im Kanton Solothurn ihre Erwerbsersatzschädigung, wenn sie während ihres Mutterschaftsurlaubes an einer Kommissionssitzung oder Parlamentsdebatte teilnehmen. Man nimmt den betroffenen Kantonsrätinnen damit de facto die Möglichkeit, sich während ihres Mutterschaftsurlaubes aktiv am Politbetrieb zu beteiligen.

Die Delegierten der FDP Kanton Solothurn haben sich grossmehrheitlich gegen das Geschäft ausgesprochen. Man will keine Sonder-

lösung nur für Mutterschaft, die weitere längere Absenzen – etwa durch Langzeiterkrankungen oder Militärdienst – nicht berücksichtigt. Zudem erachten es die Freisinnigen als schwierig, nichtgewählte Personen in den Ratsbetrieb zu integrieren.

### Nationale Vorlagen: 1× Ja, 1× Nein

Die freisinnigen Delegierten lehnten auch die Chaos-Initiative mit grosser Mehrheit ab. Die Zuwanderung bringt grosse Herausforderungen mit sich – das erfordert dringenden Handlungsbedarf. Nach Ansicht der FDP aber bringt die Chaos-Initiative keine Lösungen, sondern stellt die Schweiz und insbesondere deren Volkswirtschaft vor ganz neue, gewaltige Probleme.

Die Parole zur Änderung des Zivildienstgesetzes wurde im Parteivorstand der FDP gefasst. Die Vorlage sieht sechs Massnahmen vor, welche die Zulassungsbedingungen für den Zivildienst verschärfen. Die Vorstandsmitglieder stellen sich klar hinter dieses Anliegen. Aktuell wechseln zu viele Dienstpflichtige von der Armee zum Zivildienst. Das schwächt unsere Landesverteidigung in Zeiten, in denen sich die Sicherheitslage zunehmend verschlechtert.

**Adriana Marti-Gubler,**  
Parteisekretärin

## Zwei Delegiertenversammlungen im Juni

Die nächste kantonale Delegiertenversammlung findet am 17. Juni 2026 in Oensingen statt. Dabei steht ein wichtiges Wahlgeschäft an: Wir nominieren eine Person für die Ständeratswahlen 2027. Zudem befassen wir uns mit der Neutralitätsinitiative sowie mit der Verwaltungsbremse-Initiative. Das Programm der Delegiertenversammlung findet sich auf unserer Website. Nur zehn Tage später gastieren Susanne Vincenz-Stauffacher, Benjamin Mühlemann und Co. in unserem Kanton. Denn die FDP Schweiz führt ihre nächste Delegiertenversammlung in der Rythalle in Solothurn durch.

# «Wir haben topqualifizierte Persönlichkeiten»

Im Interview: Nico Zila, Leiter Ausschuss Wahlen 2027

Die beiden aktuellen Ständeräte des Kantons Solothurn bilden das politische Spektrum ungenügend ab, sagt Nico Zila, Leiter Ausschuss Wahlen 2027. Er will im Ständeratswahlkampf eine selbstbewusste und angriffige FDP sehen.

**Du leitest seit Anfang Jahr den Ausschuss Wahlen 2027. Erzähle uns bitte: Wo steht die Kantonalpartei im Rahmen ihrer Vorbereitungen für die Wahlen 2027?**

Wir haben von der Geschäftsleitung den Auftrag erhalten, die Wahlen 2027 frühzeitig vorzubereiten und eine entsprechende Terminplanung vorzunehmen. Zum jetzigen Zeitpunkt konzentrieren wir uns auf die Ständeratswahlen. Wir möchten an der Delegiertenversammlung vom 17. Juni 2026 in Oensingen die Person mit den grössten Wahlchancen auf einen Sitz im Stöckli nominieren. Wir sind dazu mit verheissungsvollen Persönlichkeiten im Gespräch.

**Der Parteivorstand hat entschieden, dass die FDP zu den Ständeratswahlen antritt, unabhängig davon, ob Pirmin Bischof nochmals kommt. Weshalb?**

Der Parteivorstand hat diesen Entscheid einstimmig gefällt. Das ist in erster Linie ein Zeichen für eine selbstbewusste und angriffige FDP. Die beiden derzeitigen Ständeräte bilden das politische Spektrum im Kanton ungenügend ab. Da besteht Handlungsbedarf. Wir haben glücklicherweise mehrere topqualifizierte Persönlichkeiten, die sich für das Amt interessieren. Wir dürfen uns schon deshalb nicht von den Entscheidungen anderer Kandidierender abhängig machen.

**Wann werden die Nationalratswahlen aktuell?**

Ab Ende Juni werden wir uns vertieft mit den Nationalratswahlen auseinandersetzen. Aktuell gehen wir davon aus, dass die Nomination für den Nationalrat an der Delegiertenversammlung vom 25. November 2026 auf dem Programm steht. Bis dahin müssen wir in den verschiedenen Gremien einige Fragen zur Lis-

tengestaltung oder auch zu den Listenverbindungen klären.

**Ganz grundsätzlich: Welche Chancen bringt eine Listenverbindung mit sich?**

Eine Listenverbindung erlaubt es Parteien, die inhaltlich ähnlich unterwegs sind, ihr Stimmopotenzial zu bündeln. So ist es möglich, die Stimmen im eigenen politischen Lager zu behalten. Listenverbindungen können aber auch ein strategisches Instrument sein, um sich beispielsweise die Unterstützung im Ständeratswahlkampf oder die Zusammenarbeit in einer späteren Wahl zu sichern. Und letztlich erhöht eine Listenverbindung die Wahrscheinlichkeit, einen zusätzlichen Sitz zu gewinnen.

**Warum hat sich die FDP bisher mit Listenverbindungen eher schwergetan?**

Wir Freisinnigen haben bisher die inhaltlichen Aspekte sehr hoch gewichtet. Es kamen jeweils schnell die Fragen auf: Mit wem wollen wir zusammengehen? Sind wir deckungsgleich? Natürlich sind wir mit keiner anderen Partei deckungsgleich. Im bürgerlichen Lager ist es derzeit noch weniger üblich, dass man zusammenspannt, während die linke Seite Listenverbindungen schon lange für ihre Zwecke nützt. Eine kürzlich erfolgte Umfrage bei unserer Basis hat erfreulicherweise gezeigt, dass die Bereitschaft für eine Listenverbindung heute grossmehrheitlich da ist.

**Was ist dir bei deiner Aufgabe als Leiter Ausschuss Wahlen 2027 wichtig?**

Ich verfolge in dieser Funktion zwei Ziele: Es steht für mich über allem, dass wir überzeugende und etablierte Persönlichkeiten gewin-



nen können, für die FDP in den Wahlkampf zu steigen. Persönlichkeiten, die einen modernen Freisinn symbolisieren und die viel Energie für einen langen Wahlkampf mitbringen. Und weiter muss das Kandidatenfeld unsere vielfältige Partei abbilden – wir brauchen gute und ausgewogene Listen für die Nationalratswahlen.

**Warum legt die FDP bei den Wahlen 2027 zu?**

Die FDP hat ein klares Profil. Wir wollen es nicht allen recht machen, sondern stehen für unsere Überzeugungen ein: mehr Sicherheit, starke Gemeinden und eine finanzielle Entlastung der Bürgerinnen und Bürger.

Interview von Adriana Marti-Gubler

## Ausschuss Wahlen 2027

Die Geschäftsleitung hat im Januar 2026 einen Ausschuss Wahlen 2027 eingesetzt. Dieser bereitet die strategischen Fragestellungen rund um die eidgenössischen Wahlen 2027 für die entsprechenden Parteigremien vor. Dem Ausschuss gehören folgende Personen an: Felix Hug, Thiem Huynh, Adriana Marti-Gubler, Gina Rizzoli, Andrea Stöckli, Christian Thalmann und Nico Zila (Leitung).



# Zugänglich und bodenständig

Im Porträt: Gemeindepäsidentin Doris Weisskopf

Ob Spielplatz, historisches Wohnhaus oder Erweiterungsbau eines produzierenden Betriebes: Doris Weisskopf kümmert sich als Gemeindepäsidentin von Witterswil um die unterschiedlichsten Anliegen aus der Bevölkerung.

Doris Weisskopf hat keine festen Sprechstunden. «Mir ist es wichtig, dass sich die Witterswilerinnen und Witterswiler ganz unkompliziert an mich wenden können – per Telefon, per Mail oder wenn ich zu Fuss durchs Dorf laufe.» Seit 2021 ist Weisskopf Gemeindepäsidentin der Schwarzbuben-Gemeinde Witterswil und in dieser Funktion im ständigen Kontakt mit der Dorfbevölkerung. Und natürlich ist sie mit unterschiedlichen Themen konfrontiert: Schulraumerweiterung, ambulante Pflege, Sozialregion, Finanzfragen oder auch Ortsplanungsrevision. Das sind grosse, anspruchsvolle Brocken für eine Gemeinde.

### Investition in die Standortattraktivität

Umso grössere Freude macht's der Gemeindepäsidentin daher, wenn ein Projekt abgeschlossen werden kann – so wie der neue Spielplatz. Mitte April dieses Jahres haben die Witterswilerinnen und Witterswiler die Einweihung des neu gestalteten Kinderspielfeldes gefeiert. «Ein paar junge Frauen haben vor einigen Jahren die Initiative ergriffen und sich für einen neuen Spielplatz stark gemacht», erzählt Weisskopf. Der Gemeinderat sei sofort

auf den Zug aufgesprungen und habe das Projekt von Beginn an unterstützt. Letztlich konnte der neue Spielplatz dank dem Kredit der Gemeinde, Beiträgen von privaten Spendern und einem Zustupf aus dem Swisslos-Fonds realisiert werden. «Dieses Projekt trägt massgeblich zur Attraktivität unserer Gemeinde bei. Diese Investition hat sich gelohnt», sagt Weisskopf.

### Um Lösungen bemüht

Wenn es nach Doris Weisskopf und ihren Gemeinderatskollegen geht, soll auch das Dreierhaus endlich zu einer Erfolgsgeschichte werden. Das 250 Jahre alte Gebäude steht leer und soll verkauft werden. Investoren interessieren sich zwar, zögerten aber mit dem Kaufentscheid aufgrund sehr strikter Auflagen in Bezug auf den Denkmalschutz. Das will Doris Weisskopf nicht einfach so hinnehmen: «Das ganze Quartier, bestehend aus vielen alten Bauten, hat grosses Potenzial. Ich suche deshalb mit den beteiligten Fachstellen nach Möglichkeiten, wie das Haus weiterentwickelt und genutzt werden kann.» Es ist selbstredend, dass die Gemeindepäsidentin dafür einen langen Atem mitbringen muss.

### Offen für die Anliegen der Gewerbler

Die Herausforderungen im Gemeindepresidium kosten viel Zeit. Doris Weisskopf investiert ein Pensum von rund 50 bis 60 Prozent in ihr Amt. Die Bezahlung liegt nota bene tiefer, das erfordert viel Idealismus von der Gemeindepäsidentin. Und mit Kritik an der Arbeit des Gemeinderates wird im Dorf auch nicht gespart. Trotzdem aber übt Doris Weisskopf ihr Amt gerne aus: «Wir arbeiten zurzeit an spannenden Projekten, die für die Entwicklung unserer Gemeinde sehr wichtig sind.» Die Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeindepresidien sei zudem sehr bereichernd. Und als Tochter aus einer Gewerblerfamilie hat Weisskopf nun die Möglichkeit, sich für die lokalen Betriebe einzusetzen. «Das Gewerbe liegt mir am Herzen.»

**Adriana Marti-Gubler,**  
Parteisekretärin

### In der Verantwortung

In der Kommunalpolitik übernehmen die Freisinnigen überdurchschnittlich viel Verantwortung im Vergleich mit den anderen Parteien. Wir wollen dieses Engagement sichtbar machen und porträtieren ab sofort in jeder Ausgabe des «Freisinn» eine verdiente Persönlichkeit aus der Gemeindepolitik.

## Bye bye, Vorstand

Matthias Scheidegger hat im März das Präsidium der Jungfreisinnigen abgegeben, als kantonaler Sammelverantwortlicher der Verwaltungsbremse-Initiative bleibt er jedoch im Einsatz für die liberalste Jungpartei.

Während vier Jahren durfte ich im Vorstand der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn die politischen Interessen der liberalen Jugend vertreten. Vier Jahre – das klingt zunächst nicht nach einer besonders langen Zeitdauer. Dennoch hat sich der Jungfreisinn kantonale wie auch national komplett gewandelt. Eine grossartige und unvergessliche Zeit.

Ich hatte das Glück, während vier Jahren Vorstandsarbeit stets topmotivierte und verantwortungsbewusste Kolleginnen und Kollegen an meiner Seite zu haben. Ihnen möchte ich an dieser Stelle ausgesprochen danken. Ein besonderer Dank geht an Roman Schöll, welcher als Vizepräsident ungleiche Arbeit geleistet hat und mit Sicherheit weiterhin leisten wird.

Ich möchte aber auch allen anderen Wegbegleitern meinen Dank für die Zusammenarbeit aussprechen.

Nun darf ich als Sammelverantwortlicher der Verwaltungsbremse-Initiative dem neuen Vorstand zuarbeiten. Diesem wünsche ich alles Gute und hoffe, dass die Verantwortlichen die Zeit an der Spitze der liberalsten Jungpartei ebenso geniessen können, wie ich dies konnte.

**Matthias Scheidegger,**  
zurückgetretener Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn (2025–2026)



Sie leiten neu die Geschicke der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn: (v.l.) Florian Büttiker, Lena Rizzoli, Désirée Scheidegger, Gina Rizzoli, Roman Schöll und Tobias Schwab.

## Neuer Vorstand, klare Richtung

Gina Rizzoli ist die neue Präsidentin der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn. Gemeinsam mit ihren Vorstandskolleginnen und -kollegen will sie mehr junge Menschen für die liberale Politik begeistern.

Mit Roman Schöll, Lena Rizzoli, Tobias Schwab, Florian Büttiker und Désirée Scheidegger startet gemeinsam mit mir ein neues Team in die nächste Phase der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn. Gemeinsam übernehmen wir Verantwortung und entwickeln die Partei fokussiert weiter. Ein grosser Dank gilt Matthias Scheidegger für sein Engagement als Präsident und seinen prägenden Einsatz in den vergangenen Jahren.

Für die Zukunft stehen die Vorbereitung der Nationalratswahlen, der Aufbau einer aktiven Basis sowie eine klare politische Positionierung im Fokus. Wir stehen für eine Politik ohne Giesskannenprinzip: Der Staat soll dort helfen, wo es nötig ist – aber nicht mehr!

Eine starke, aktive Basis ist dabei entscheidend. Mit spannenden Events und gezielten Networking-Möglichkeiten wollen wir mehr junge Menschen für die liberale Politik begeistern.

Ein zentrales Grossprojekt ist die Verwaltungsbremse-Initiative mit den damit verbundenen Aufgaben. Gleichzeitig kandidieren wir national dafür, den JF-Kongress 2028 in Solothurn durchführen zu dürfen. Dieses Projekt wird von Emrean Deger geleitet und wird uns sicherlich viel Arbeit, aber auch grosse Freude bereiten.

Jetzt ist die Zeit, Verantwortung zu übernehmen und den Liberalismus sichtbar zu stärken!

**Gina Rizzoli,**  
Präsidentin der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn

# Kann die SP regieren?

Kolumne



Lächeln kann er nicht. Und auch nicht freundlich sein. SP-Parteipräsident Cédric Wermuth bleibt in der postpubertären Phase der zornige junge Mann. Was ihm nicht passt – und das ist fast alles, wenn es von bürgerlicher Seite kommt –, wird von ihm mit einem bösen Blick und barschen Worten quittiert.

Aber was macht denn die SP besser? Eigentlich nichts, im Gegenteil. Beispiel Nummer 1, Landesverteidigung: Die Sicherheitslage verschlechtert sich von Jahr zu Jahr, aber die SP fordert tatsächlich: «Der Bundesrat muss eine Verzichtsplanning vorlegen. Solange diese fehlt, dürfen keine weiteren finanziellen Verpflichtungen eingegangen werden.» Die Landesverteidigung leichtfertig aufs Spiel setzen? Und das empfiehlt eine Regierungspartei? Beispiel Nummer 2, Eigenkapital der UBS: Was der Bundesrat dem Parlament zur Verschärfung der Eigenmittelverordnung vorschlägt, geht der SP viel zu wenig weit. Sie verlangt eine Grossbankenregulierung, nach welcher sich bei einer Bankensanierung auch die Aktionäre daran beteiligen müssten. Beispiel Nummer 3, Gesundheitspolitik: Nach Meinung der SP muss der Staat als «aktiver Regulator» auftreten und vor allem klare Regeln gegen die Profitmaximierung der Pharmabranche erlassen. Beide Forderungen, zur UBS und zur Pharmaindustrie, zeigen einmal mehr, dass die SP Marktwirtschaft durch Staatswirtschaft ersetzen will. Bei ihren artverwandten Genossen, den Kommunisten, hätte man indessen schon längst lernen können, wohin das führt.

Seit 14 Jahren ist das für die Gesundheitspolitik zuständige Eidgenössische Departement in den Händen der SP und seit 14 Jahren steigen die Krankenkassenprämien Jahr für Jahr. 14 Jahre lang hat man unter SP-Leitung über ein neues Tarifsystern gestritten und die schliesslich erzielte Reform als grössten Erfolg für die SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider gefeiert. Seither steigen die Krankenkassenprämien weiter. Das wird aber von der SP dem «auf neoliberaler Marktlogik basierenden Krankenversicherungsgesetz» zugeschrieben. Das

gehört auch zur SP- und zur Wermuth-Taktik, die Schuld stets andern zuzuschreiben, um sich womöglich in der geliebten Opferrolle wiederzufinden.

Am 14. Juni stimmen wir über die Chaos-Initiative der SVP (10-Millionen-Schweiz) ab. FDP-Parteipräsident Benjamin Mühleman bringt es auf den Punkt: «Die Initiative löst kein einziges Problem in diesem Land.» Dennoch stösst selbst in freisinnigen Kreisen die SVP-Initiative auf Sympathie und Zustimmung, denn zu viele Ausländer in der Schweiz sind und bleiben ein Problem. FDP-Ständerätin Petra Gössi verlangte deshalb einen Gegenvorschlag, fand aber mit ihrem Anliegen keine Mehrheit in der kleinen Kammer. Es braucht auch keinen Gegenvorschlag auf Verfassungs- oder Gesetzesebene. Aber es bräuchte einen «Gegenvorschlag» im Sinne einer stringenten Ausländerpolitik. Wer die nötigen Voraussetzungen für Asyl in der Schweiz nicht erfüllt, gehört ausgeschafft, vor allem kriminelle Asylanten. Doch was macht der dafür zuständige SP-Bundesrat? Beat Jans lächelt sich durch das Land und schwärmt von einer «Migrationspartnerschaft» mit den nordafrikanischen Ländern. «Partnerschaft» bedingt jedoch Kooperation, Zusammenarbeit. Ob das mit Algerien oder Marokko möglich ist? Es ist eine alte Methode: Wer in der Politik nicht mehr weiterweiss, erfindet eine neue Formulierung. So macht es auch Beat Jans.

Die SP will regieren. Aber kann sie auch regieren? Mit ihrer Politik hat sie, wie die Ergebnisse der kantonalen Wahlen zeigen, Erfolg, und zwar im Gegensatz zu ihrer deutschen, von ihr immer wieder angehimmelten Schwesterpartei SPD, die nur noch dahinserbelt. Haben es denn die Deutschen schon gemerkt?

Urs Marti, Langendorf

## Ausblick

**Dienstag, 16. Juni**

18.00 Uhr: Sommeranlass der FDP Frauen, Besuch der Däster-Schild Stiftung in Grenchen

**Mittwoch, 17. Juni**

19.00 Uhr: Kantonale Delegiertenversammlung, Oensingen

**Dienstag/Mittwoch, 23./24. Juni**

Kantonsratssession

**Samstag, 27. Juni**

10.00 Uhr: Delegiertenversammlung der FDP Schweiz, Solothurn

**Mittwoch, 1. Juli**

Kantonsratssession

**Montag, 10. August**

19.00 Uhr: Parteivorstand

**Donnerstag, 20. August**

15.00 Uhr: Jahreszusammenkunft Vereinigung freisinnig-jungliberaler alt Kantonsrätinnen und alt Kantonsräte

**Samstag, 29. August**

Grillplausch für alle FDP-Mitglieder, Schönenwerd

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter: [www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/](http://www.fdp-so.ch/aktuell/agenda/)

## Rückblick

**Wechsel in den Amtei- und Ortsparteien**

**FDP Lohn-Ammannsegg**

Pascal Breu (neu, Co-Präsident mit Stefan Kocher) für Philippe Arnet

**FDP Olten**

Simon Bloch für David Plüss

**FDP Solothurn**

Martin Graf (ad interim) für Barbara Feldges

Sagt Nein zur Chaos-Initiative: Peter Spuhler.



## NEIN zur Chaos-Initiative

Warum die Vorlage kein einziges Problem löst

Am 14. Juni steht mehr auf dem Spiel, als es auf den ersten Blick scheint. Die 10-Millionen-Initiative ist kein Lösungsansatz, sondern sägt am Ast, auf dem wir sitzen. Wer Verantwortung übernimmt, kann dazu nur Nein sagen.

Am 14. Juni stimmt die Schweiz über die Chaos-Initiative ab. Die SVP will damit die Schweizer Bevölkerung starr bei maximal 10 Millionen deckeln – und verspricht, das sei die Lösung für sämtliche Probleme in der Schweiz. Ungeachtet dessen, dass sie 2014 die Ecopop-Initiative mit dem Argument ablehnte, eine «starre Beschränkung der Zuwanderung» schade der Wirtschaft. Näheres Hinsehen lohnt sich also.

Ja, die Schweiz steht vor Herausforderungen, da gibt es nichts schönzureden: Staus, steigende Mieten, punktuelle Überlastung der Infrastruktur, ein wachsendes Unsicher-

heitsgefühl. Diese Probleme spüren wir alle in unserem Alltag. Aber nein, ein starrer Bevölkerungsdeckel ist keine Lösung.

### Initiative fordert Kündigung der Bilateralen mit der EU

Die Initiative würde zentrale Pfeiler unseres Erfolgsmodells untergraben und die bilateralen Verträge samt Personenfreizügigkeit an die Wand fahren. Denn die Initiative fordert glasklar, die Personenfreizügigkeit mit der EU zu kündigen. Das führt automatisch dazu, dass sämtliche bilateralen Verträge mit der EU dahinfallen. Die Bilateralen I würden ausradiert.

Die Schweiz müsste das so wichtige Sicherheitssystem Schengen und im Asylbereich das Dublin-Abkommen aufgeben.

### Polizei und Grenzschutz werden blind

Besonders problematisch ist die sicherheitspolitische Dimension. Die Initiative gefährdet die Zusammenarbeit im europäischen Sicherheitsverbund. Ein Wegfall zentraler Instrumente wie des Schengen-Informationssystems würde unsere Polizei und die Grenzschützer faktisch «blind» machen. Der Zugang zu Fahndungsdaten über Gefährder und Kriminelle, den Grenzbeamte oder Polizisten heute in Sekundenbruchteilen von den europäischen Datenbanken abrufen können, wäre eingeschränkt oder ganz weg. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen freuen sich, denn ab sofort hätten sie in der Schweiz völlig freie Hand!

## Kampagnen

Gleichzeitig droht durch den Wegfall bewährter Abkommen eine massive Zunahme von Asylgesuchen. Denn jedes Jahr werden in Europa etwa 400 000 Asylgesuche abgelehnt. Im Dublin-Verfahren kann die Schweiz heute mehr Personen wieder abgeben, als sie aufnehmen muss. Seit 2009 konnte sie über 42 000 Personen wieder zurückschicken – gleich viel wie die Bewohner der Stadt Thun! Mit der Chaos-Initiative wäre das vorbei: Jeder in Europa abgewiesene Asylsuchende könnte in der Schweiz ein neues Gesuch stellen. Bund, Kantone und die Gemeinden wären heillos überfordert. Die Schweiz würde nicht sicherer, sondern verletzlicher und im Asylbereich entbrennte das nackte Chaos.

### Niemand will zurück zu Kontingenten

Ein fixer Deckel in der Verfassung liesse sich faktisch nur über ein rigides Kontingentsystem umsetzen. Die Konsequenz: ein Verteilungskampf um Fachkräfte, der alle gegeneinander ausspielt – Stadt gegen Land, Gesundheitswesen gegen Industrie, KMU gegen Grossunternehmen. Gerade die KMU, das Rückgrat unserer Wirtschaft, würden unter einer solchen Kontingentbürokratie besonders leiden. Hunderte neue Beamte, Tausende Verfahren und massive Rechtsunsicherheit wären die Folge.

Die SVP verspricht scheinheilig, es könnten weiterhin jedes Jahr 40 000 Personen in die Schweiz kommen. Doch heute arbeiten

über 50 000 familienfremde Arbeitskräfte auf den Schweizer Bauernhöfen – 70 Prozent davon aus dem EU-Raum. Allein damit wäre das «Kontingent» der SVP also bereits erschöpft. Wer soll zum Zug kommen? Die Landwirte? Die Gastronomie? Die Baubranche?

Dass zentrale Wirtschaftsakteure sowie breite Teile des Gewerbes klar Nein sagen, kommt nicht von ungefähr. Sie wissen, was auf dem Spiel steht. Peter Spuhler, alt Nationalrat der SVP und Patron von Stadler Rail, ist im Gegensatz zu den meisten seiner Parteikollegen ehrlich: Ihm ist die Initiative «zu extrem» und er weiss, dass die Schweiz auf eine gewisse Zuwanderung schlicht angewiesen ist.

### SVP hat kein Umsetzungskonzept

Wenig überraschend, drückt sich die SVP vor konkreten Ansagen zur Umsetzung ihrer Initiative. Wird durch die Initiative auch nur eine einzige Wohnung zusätzlich gebaut? Ein Verkehrsengpass beseitigt? Ein Einbruch verhindert? Die ehrliche Antwort lautet: NEIN. Die strukturellen Ursachen – etwa langwierige Bewilligungsverfahren, regulatorische Hürden oder politische Blockaden im Wohnungsbau – bleiben unberührt. Statt Lösungen gibt es Symbolpolitik.

Es gibt wirksamere Ansätze: die bessere Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials, gezielte Qualifizierung, höhere Erwerbsbeteiligung und effizientere Rahmenbedin-



Verliert den Durchblick: die Polizei.

## Mehr erfahren:

NEIN zur Chaos-Initiative –  
FDP.Die Liberalen Schweiz



gungen. Eben hat die FDP mit der Individualbesteuerung für eine Reform gesorgt, mit der mehr einheimische Erwerbstätige in den Arbeitsmarkt kommen.

### Nein zum Absägen des eigenen Astes

In einer geopolitisch ohnehin unsicheren Zeit wäre die Annahme der Chaos-Initiative gleichzusetzen mit dem Absägen des Astes, auf dem wir alle sitzen. Die Schweiz lebt von Stabilität, Verlässlichkeit und ihrer engen Einbindung in internationale Strukturen. Das sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Die Chaos-Initiative löst kein einziges der Probleme. Sie verschärft sie vielmehr – wirtschaftlich, sozial und sicherheitspolitisch. Wer Verantwortung übernimmt, kann dieser Vorlage nicht zustimmen. Ein Nein ist kein Ausdruck von Gleichgültigkeit gegenüber bestehenden Herausforderungen, sondern ein Bekenntnis zu wirksamen, realistischen und nachhaltigen Lösungen – so mühsam diese auch errungen werden müssen.

Illustrationen mit Unterstützung von KI erstellt.



Christian Wasserfallen,  
Nationalrat Bern

# Über 100 Frauen und klare Positionen

## GV der FDP Frauen Schweiz in Zürich

Die GV der FDP Frauen Schweiz fand dieses Jahr in Zürich statt. Es ging hoch hinaus: Die Veranstaltung begann im «Clouds», dem Restaurant im 35. Stock des Prime Tower, mit einer trotz Morgennebel grossartigen Aussicht über die Stadt Zürich, den See bis in die Alpen hinein. Über 100 Frauen kamen zusammen, darunter auch Ehrengäste wie die ehemalige Präsidentin der FDP Frauen Schweiz und jetzige Co-Präsidentin der FDP Schweiz NR Susanne Vincenz-Stauffacher. Weiter waren auch die Regierungsrätin Carmen Walker Späh vor Ort, die vor einigen Jahren das Präsidium der FDP Frauen innehatte, sowie der Präsident der Zürcher Freisinnigen Filippo Leutenegger, der Fraktionschef der Zürcher Kantonsräte Claudio Zihlmann, der Zürcher Stadtrat Michael Baumer, der Präsident der FDP Stadt Zürich Përparim Avdili sowie der neu gewählte Präsident des Zürcher Jungfreisinns Mikhail Shalaev. Nach der Begrüssung durch die Präsidentin der FDP Frauen Schweiz NR Bettina Balmer

erfolgte eine Ansprache von Fabienne Farner, Präsidentin der FDP Frauen Kanton Zürich, und dann eine kurze Erklärung zur Stadt Zürich von GR Deborah Wettstein, Präsidentin der FDP Frauen Stadt Zürich. Auch Kaffee, Gipfeli und Geselligkeit kamen beim Empfang nicht zu kurz.

An der GV selbst ging es in den Räumlichkeiten von Deloitte nebst den statutarischen Traktanden auch um die Individualbesteuerung und wie die Mitte mit ihrer Initiative umgeht. Die Präsidentin brachte ihr Erstaunen zum Ausdruck, dass die Mitte respektive in diesem Zusammenhang wohl eher die CVP das Wahlergebnis vom 8. März 2026, das auf den Internationalen Frauentag fiel und damit besondere Symbolkraft erhielt, nicht akzeptiert, obwohl dieses mit 54,3% ein klares Bekenntnis der Bevölkerung zur Individualbesteuerung darstellt. Sie gab sich kämpferisch: «Wir sind davon überzeugt, dass auch die Wählerinnen und Wähler wissen, dass ein System nicht zielführend, sondern unsinnig ist, welches auf der

nationalen Ebene ein Vollsplitting oder wahlweise eine Schattenrechnung vorschlägt und auf der kantonalen Ebene individuell besteuert. Ein solches Konstrukt mit zwei verschiedenen Steuersystemen wäre kompliziert, teuer und sehr bürokratisch.» Die FDP-Frauen hätten ihre Ressourcen gerne für neue Herausforderungen gebündelt, sind aber willens, die Mitte-Initiative mit Blick auf die Abstimmung im Herbst 2026 oder Frühling 2027 zu bekämpfen. Weiter hat sich die Geschäftsleitung der FDP Frauen Schweiz einstimmig gegen die Chaos-Initiative ausgesprochen. Sie wird sich auch zukünftig der Schwerpunktthemen «Vereinbarkeit von Beruf und Familie», «Bildung» und «Sicherheit und häusliche Gewalt» sowie der Gründung von weiteren Sektionen annehmen. Zudem wurde Anna Marty einstimmig in die Geschäftsleitung gewählt.

Nach der GV fand ein gemeinsames Essen im «Puls 5» statt, das den urbanen Charakter des diesjährigen Anlasses unterstrich und wo auch nochmals genügend Zeit vorhanden war für eine gegenseitige Vernetzung bei bester Laune der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Die nächste GV der FDP Frauen Schweiz findet am 22. Mai 2027 in Fribourg statt. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hat sich den Termin vorgemerkt. Es freut uns, wenn sie dann als unser prominentestes Mitglied der FDP-Frauen dabei sein wird. An der diesjährigen DV hat unsere Bundesrätin den Frauen folgenden Gedanken mitgegeben:

«Liebe FDP-Frauen,

Nach einer erfolgreichen Volksabstimmung tagt es sich leichter! Ich gratuliere herzlich zu diesem schönen Erfolg bei der Individualbesteuerung, wünsche Ihnen eine gute Versammlung und danke für Ihr Engagement für die liberale Sache.»

**Bettina Balmer,**  
Nationalrätin und Präsidentin  
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz



v.l.n.r.: Mikhail Shalaev, Fabienne Farner, Claudio Zihlmann, Filippo Leutenegger, Bettina Balmer, Carmen Walker Späh, Céline Büchel, Deborah Wettstein, Jonas Projer, Sibylla Stoffel-Hahn, Përparim Avdili, Susanne Vincenz-Stauffacher, Fabiana Margadant



Über 100 Frauen, die bereits Spuren hinterlassen haben: ein herzliches Dankeschön an all unsere Mitglieder. Gemeinsam gehen wir die nächsten Schritte und freuen uns auf alles, was kommt.

FDP Schweiz, mithilfe von KI erstellt.



## Radikales Chaos-Experiment

### Was droht den Auslandschweizern?

Könnten wir überhaupt noch in die Schweiz zurückwandern, wenn dort schon 10 Millionen wohnen? Auf diese Frage von Landsleuten im Ausland kann ich jeweils beruhigend antworten. Die Gefahren lauern aber bei einer möglichen Kündigung der Personenfreizügigkeit.

#### Rückkehr ungefährdet

Die Niederlassungsfreiheit für Schweizerinnen und Schweizer ist in der Bundesverfassung Art. 24 geregelt. Eine Rückkehr aus dem Ausland ist jederzeit möglich. Daran würde sich auch bei Annahme der Initiative nichts ändern.

Es ist ohnehin nicht mit einer grossen Rückkehrerwelle zu rechnen, zu stark sind die meisten mit ihrem Wohnland verbunden, oft auch mit doppelter Staatsbürgerschaft. Es gibt allerdings Anzeichen, dass die Zahl der Rückkehrer/innen steigt, sei es durch die verschlechterte Sicherheitslage in Krisenregionen oder eine mangelnde gesundheitliche Versorgung. Das wäre ein Thema für einen nächsten «Freisinn»-Artikel.

#### Wir wollen keine Zustände wie bei Brexit!

Die Annahme der Chaos-Initiative hätte also keine unmittelbaren Konsequenzen für die Auslandschweizer/innen. Sollte es aber tatsächlich zur Kündigung der Personenfreizügigkeit kommen, sieht es anders aus. Was auf uns zukommen könnte, wissen wir, weil unsere Landsleute im Vereinigten Königreich mit dem Brexit Ende Januar 2020 genau diese Situation schon erlebten. Mit signifikanten Auswirkungen. Damals waren knapp 40 000 Personen betroffen. Diesmal wären es rund eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer, die in EU-Ländern wohnen.

- › Das Aufenthaltsrecht und die Mobilität würden eingeschränkt. Es ist zu hoffen, dass für Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die bereits in der EU leben und arbeiten, eine Lösung gefunden würde, dass sie ihren Aufenthaltsstatus behalten können, analog des «settled-status» bei Brexit. Wer neu umsiedeln möchte, müsste aber auf jeden Fall grössere Hürden nehmen.
- › Für binationale Paare brächte der Wegfall der PFZ-Unsicherheiten und bürokratische Komplikationen bei der Familienzusammenführung.
- › Eine Herausforderung wäre die Koordination der Sozialversicherungssysteme. Neue Abkommen über die soziale Sicherheit müssten ausgehandelt werden, ähnlich wie bei Brexit. Damals ging es um ein Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich, diesmal um Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU.
- › Die automatische Anerkennung von Berufsqualifikationen würde entfallen, was den Zugang zum Arbeitsmarkt in der EU erschwert, auch umgekehrt natürlich.
- › Vor einer ungewissen Zukunft würden auch die Grenzgänger/innen stehen, die vor allem in den Kantonen Genf (rund 90 000 Personen), Basel-Stadt und Baselland (rund 60 000 Personen) und Tessin (knapp 80 000 Personen) die Wirtschaft am Laufen halten

und einen grossen Anteil des Personals im Gesundheitswesen oder im Detailhandel stellen.

- › Nicht zu unterschätzen ist zudem die Signalwirkung. Die Schweiz geniesst international den Ruf eines offenen, verlässlichen und gut vernetzten Landes. Eine restriktivere Haltung gegenüber Zuwanderung könnte dieses Image beeinträchtigen. Auslandschweizer erleben im Alltag, wie wichtig ein positives Bild ihres Heimatlandes ist – sei es im beruflichen Umfeld oder im gesellschaftlichen Leben.

#### Die FDP International sagt NEIN

Als Sektion für die Auslandschweizer/innen hat die FDP International ganz klar die NEIN-Parole beschlossen.

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeits-Initiative) beschäftigt auch die Auslandschweizerorganisation und stand an der Frühlingssitzung des Auslandschweizerzerrats, ihres höchsten Organs, prominent auf der Traktandenliste. Im Hinblick auf die gravierenden Konsequenzen für die Auslandschweizer erfolgte der Aufruf zur Ablehnung der Initiative klar.



Helen Freiermuth,  
Präsidentin FDP International

# Überparteiliches Komitee lanciert Verwaltungsbremse

Jetzt die Initiative der Jungfreisinnigen unterschreiben!

Am 14. April haben die Jungfreisinnigen Schweiz mit einem überparteilichen Komitee, bestehend aus Vertretern aus FDP, GLP, Mitte und SVP, die Verwaltungsbremse-Initiative lanciert. Die breite Unterstützung unterstreicht einerseits die Notwendigkeit, andererseits aber vielmehr auch die Abstützung des Lösungsansatzes der Initiative.

## Diagnose: Verwaltungswachstum ausser Rand und Band

Allein die zentrale Bundesverwaltung schuf zwischen 2010 und 2024 über 5600 zusätzliche Vollzeitstellen. Noch ausgeprägter fiel das Wachstum bei den Ausgaben für Personal, Berater und externe Dienstleistungen aus: Diese stiegen über jene 14 Jahre insgesamt um 32%. Das ist kein gesundes Wachstum mehr – es ist strukturelles Übergewicht.

Dieses Übergewicht untergräbt zentrale Erfolgsfaktoren des Schweizer Modells. Steigende Löhne und neue Stellen entziehen der Privatwirtschaft Fachkräfte und schwächen die Wertschöpfung. Eine politisch getriebene Bürokratie belastet Bürger und Unternehmen zusehends. Weil das Parlament die nötige Korrektur schuldig bleibt, braucht es die Verwaltungsbremse als Impuls von aussen.

## Lösung: Die Verwaltungsbremse als Reforminstrument für die Schweiz

Konkret fordert unsere Initiative, dass die Personalausgaben der zentralen und dezentralen Bundesverwaltung (inkl. externer Berater) nicht stärker ansteigen dürfen als der Schweizer Medianlohn. Damit sorgt die Kopplung des Personalkostenwachstums an die Löhne der Bevölkerung dafür, dass der aktuelle Stellenbestand des Bundes erhalten bleibt, während weiteres Stellenwachstum sowie übermässige

ge Lohnerhöhungen faktisch unterbunden werden. Will der Bund neue Stellen schaffen oder die Löhne überproportional erhöhen, müsste er dies an einer anderen Stelle im Personalbudget kompensieren.

Der ETH-Bereich sowie die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung sind aufgrund ihrer wichtigen Rolle als Schweizer Erfolgsfaktoren von der Verwaltungsbremse ausgenommen. Zur Bewältigung einer Notlage (wie beispielsweise ein Krieg oder eine Naturkatastrophe) kann die Bundesversammlung eine Wachstumsüberschreitung beschliessen.

## Erhebliche Wirkung als Ergänzung zur Schuldenbremse

Obwohl die Verwaltungsbremse einzig das Kostenwachstum der Personalausgaben begrenzt, lässt sie nicht an Wirkung vermissen. Dies liegt aber mehr am masslosen Wachstum der Bundesverwaltung und weniger an der Schärfe der Bremse. Konkret: Hätte man die Verwaltungsbremse bereits 2010 eingeführt, wären die Personalausgaben der zentralen Bundesverwaltung bis ins Jahr 2024 anstatt um 32% nur um maximal 17% (Medianlohnwachstum) gewachsen. Zwischen 2010 und 2024 entspricht das einem Potenzial zu vermeidender Mehrausgaben von rund 7 Mrd. Schweizer Franken – mehr als drei Gotthardröhren.

Während die Schuldenbremse heute sicherstellt, dass Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht bleiben, untersteht das Verwaltungswachstum heute keinem direkten Balanceinstrument. Das ändert die Verwaltungsbremse. Sie sorgt als Ergänzung zur bewährten Schuldenbremse für Gleichgewicht statt Übergewicht.

## Wie Sie uns unterstützen

Unterschreiben Sie jetzt und unterstützen Sie unsere Kampagne. Unterschriftenbögen sowie weitere Informationen finden Sie unter [www.verwaltungsbremse.ch](http://www.verwaltungsbremse.ch). Ich danke Ihnen vielmals!



Lucio Sansano,  
Präsident Initiativkomitee  
Verwaltungsbremse-Initiative

# Anleitung zum Ausfüllen des beiliegenden Unterschriftenbogens

Vielen Dank für Dein Unterstützung

**8** Hier abtrennen und diesen Teil in den Postbriefkasten werfen.

## Eidgenössische Volksinitiative «Für ein faires Gleichgewicht zwischen Bundesverwaltung und Bevölkerung (Verwaltungsbremse)»

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Bugehehen unterstützen, mögen es eigenhändig unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren fälscht, wird nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Bundesgesetzes mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

**4** Zwingend alle Felder ausfüllen!

Kanton	Postleitzahl	Politische Gemeinde
Bern	3076	Worb

Name Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Vornamen Eigenhändig und möglichst in Blockschrift	Geburtsdatum Tag/Monat/Jahr	Wohnadresse Strasse und Hausnummer	Kampagne finanziell unter- stützen	Informiert bleiben	Eigenhändige Unterschrift	Kontroll- stempel (vom Sammler)
1.				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
2.	Vera	Müller	06.08.97	Neuengasse 20	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	V Müller
3.							

Senden Sie diese Liste bitte teilweise oder vollständig ausgefüllt sofort an: Allianz Verwaltungsbremse, Postfach 2675, 6210 Sursee  
Ablauf der Sammelfrist: 14.10.2027

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen:  
Jonas Lüthy, Postfach 211, 4009 Basel; Ludo Sansone, Arvenweg 12, 4153 Reinsch; Melanie Radtke, Hans-Huberstrasse 38, 4500 Solothurn; Pauline Biene, Levant 133, 1005 Lausanne; Michael Unbericht, Industriestrasse 55, 8112 Oeflingen; Cyril Aellen, Chemin du Reposoir 32, 1255 Veyrier; Martin Blumle, Raubbühlstrasse 23b, 8600 Dübendorf; Severin Brüngger, Abendstrasse 22, 8200 Schaffhausen; Thierry Burkart, Sellenstrasse 10, 5426 Lengnau; Nico Fankhauser, Dreilässerweg 13, 6074 Giswil; Olivier Feller, Route de Lausanne 20F, 1180 Rolle; Diana Gutjahr, Rütlistrasse 29c, 8580 Amriswil; Camille Hostettler, Rue du Clos-de-Sarriènes 10, 2000 Neuchâtel; Roger Huber, Bruchstrasse 35, 8706 Melles; Camille Jordan, Chemin-vieux 19, 1902 Evornaz; Nicolas Kolby, Chemin du Misely 11, 1724 Essert; Karla Lavette, Hoffeld 24, 8057 Zürich; Jo Mosmann, Steingröbweg 1A, 3072 Ostermündigen; Nathan Niyoffi, St. Jodernstrasse 27A, 3950 Visp; Fabio Regazzi, Via del Lugli 1a, 6596 Gordola; Maja Rinkler, Lindenweg 36, 5034 Suhr; Gregor Rutz, Postfach 470, 8702 Zollikon; Jason Stehmann, Obererfeldweg 25A, 3063 Ittigen; Alessio Vaninetti, Eschenstrasse 4, 9032 Engelburg; Susanne Vincenz-Stauffacher, Flurstrasse 2, 9030 Abtwil; Thomas von Allmen, Wilmsberg 5, 6037 Root; Alessia Wehrli, Via Cingina 14b, 7017 Flims-Dorf.

**6** Graue Felder nicht ausfüllen!  
Die unten stehende Stimmbrechtsbescheinigung wird durch das Initiativkomitee eingeholt.

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative stimmberechtigt sind. Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)	Datum:	Amtsstempel:
Eigenhändige Unterschrift:	Amtliche Eigenschaft:	

**7**

- Name und Vorname **müssen handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden. Der Sammler darf dies nicht selber ausfüllen (Ausnahme: Schreibbehinderung).
- Das Geburtsdatum muss **handschriftlich** vom Unterzeichnenden ausgefüllt werden: **TT.MM.JJJJ**
- Adresse muss **vollständig** ausgefüllt werden und absolut korrekt sein.
- Kanton** darf abgekürzt werden, **PLZ** muss leserlich sein, **Politische Gemeinde** muss ausgeschrieben werden (z.B. BE ist keine Gemeinde, sondern der Kanton).  
**Wichtig: Pro Bogen dürfen nur Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus der selben politischen Gemeinde unterzeichnen.**
- Nur Bögen mit **handschriftlichen Unterschriften** sind gültig. Unterschreiben dürfen in der Schweiz **stimmberechtigte** Personen ab 18 Jahren, auch Auslandschweizer.
- Optional: Hier können Sie angeben, ob Sie die Kampagne finanziell unterstützen und informiert bleiben möchten.
- Diese Felder werden von den Kontrollorganen der Gemeinden ausgefüllt. **Hier darf nichts hineingeschrieben werden.**
- Trennen Sie den Talon ab und werfen Sie ihn in den nächsten Briefkasten. Dafür ist keine Frankierung nötig. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Anleitung zum Ausfüllen des Unterschriftenbogens

# Folgst Du uns bereits auf unseren Kanälen?

Über unsere Social-Media-Kanäle halten wir Dich jederzeit über die aktuellen Geschehnisse und Entscheidungen aus Bundesbern auf dem Laufenden.



@fdp\_schweiz



@fdp.dieliberalen



@fdp\_Liberalen



@FDP.Die Liberalen Schweiz



FDP Schweiz unter Kanälen abonnieren



Die Schweizer Verwaltung wächst unaufhörlich – sowohl in der Zahl der Stellen als auch in den Ausgaben. Doch führt dieses Wachstum tatsächlich zu besserem Service für die Bevölkerung oder schafft es eine ineffiziente Bürokratie? Die von den Jungfreisinnigen vorgeschlagene Verwaltungsbremse liefert eine klare Antwort und zwingt uns, die Strukturen und die Effizienz des öffentlichen Sektors grundlegend zu hinterfragen. Sie fordert nicht nur die Verwaltung heraus, sondern stellt auch uns als Gesellschaft vor die Aufgabe, unsere Erwartungen an den Staat und seine Prioritäten kritisch zu überdenken.

### Effizienz im öffentlichen Sektor – Innovation statt Wachstum

Die Verwaltung in der Schweiz wächst nicht nur in der Zahl der Stellen, sondern auch in ihren Ausgaben. Doch bleibt die zentrale Frage: Führt dieses Wachstum zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung oder resultiert es in einer aufgeblähten Bürokratie, die ihre Effizienz zunehmend verliert?

Für mich als Freisinnige ist die Antwort eindeutig: Es geht nicht um mehr Verwaltung, sondern um mehr Innovation. Verwaltung bedeutet oft Stillstand und Wachstumszwang, während echte Innovation den öffentlichen Sektor effizienter, flexibler und zielgerichteter machen kann. Der Service public hat zweifellos eine zentrale Bedeutung für die Gesellschaft, doch die Verwaltung muss sich ständig der Frage stellen, wie sie ihre Aufgaben effizienter erfüllen kann, ohne sich in bürokratischen Prozessen zu verlieren.

### Das Parlament in der Verantwortung

Dem Parlament kommt in dieser Diskussion eine Schlüsselrolle zu. Es ist verantwortlich für die Sicherstellung der Grundversorgung, muss jedoch auch die Effizienz seiner Entscheidungen hinterfragen. Häufig werden neue Aufgaben geschaffen, ohne deren Auswirkungen auf die Verwaltung und die Effizienz zu prüfen. Jede zusätzliche Aufgabe erhöht den Verwaltungsaufwand und gefährdet die Effizienz. Das Parlament muss daher nicht nur die Notwendigkeit neuer Anforderungen, sondern auch deren Auswirkungen auf die Verwaltung abwägen.

### Verwaltung für die Zukunft – auch eine Frage der Eigenverantwortung

Auch wir als Gesellschaft müssen unseren Anspruch an den Staat neu definieren. Wir fordern einen Service public, der nicht nur leistungsfähig, sondern auch nachhaltig und zukunftsfähig ist. Doch ebenso wichtig ist es, dass wir uns fragen, was wir wirklich vom Staat benötigen. Effizienz im öffentlichen Sektor kann nur dann erreicht werden, wenn wir als Bürger Verantwortung übernehmen und die Verwaltung entlasten, anstatt von ihr alles zu erwarten.

### Die Chance der Verwaltungsbremse – eine zukunftsfähige Verwaltung gestalten

Die Diskussion über die Verwaltungsbremse bietet eine bedeutende Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie der Service public effizienter, nachhaltiger und zukunftsfähiger gestaltet werden kann.

Die Verwaltungsbremse setzt den Fokus auf die Effizienz der Verwaltung und fordert uns he-

raus, die Strukturen des öffentlichen Sektors neu zu denken. Durch die Koppelung der Personalausgaben an das Wachstum des Medianlohns sollen die Ausgaben für Bundespersonal im Einklang mit der allgemeinen Lohnentwicklung begrenzt werden. Dies ermöglicht nicht nur eine Begrenzung des Stellenwachstums, sondern verhindert auch übermässige Lohn erhöhungen.

Ich freue mich auf die Gelegenheit, die Strukturen des öffentlichen Sektors im politischen Diskurs neu zu denken und unsere Erwartungen an den Staat kritisch zu hinterfragen. Es ist an der Zeit, einen Konsens zu finden und den Service public so zu gestalten, dass er den Anforderungen der kommenden Generationen gerecht wird. Die Debatte eröffnet die Möglichkeit, innovative Lösungen zu entwickeln und die Zusammenarbeit zwischen Parlament, Verwaltung und Gesellschaft zu stärken, um eine zukunftsfähige und leistungsstarke Verwaltung zu schaffen. Davon bin ich fest überzeugt.



**Simone Richner,**  
Präsidentin FDP Service Public

# Parolenspiegel

Nationale Abstimmungen vom 14. Juni 2026

## Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die <b>Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz (Nachhaltigkeitsinitiative)»</b> annehmen?	<b>NEIN</b>

## Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 14. Juni 2026

	Antwort
Wollen Sie die <b>Änderung vom 26. September 2025 des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG)</b> annehmen?	<b>JA</b>

# «Wir wären ohne Schengen schlichtweg blind»

NEIN zur Chaos-Initiative am 14. Juni

Alexander Ott war 36 Jahre lang Chef der Fremdenpolizei Bern. Er ist Experte in Migrationsfragen, Menschenhandel und Strukturkriminalität sowie Co-Präsident des Verbands Schweizerischer Einwohnerdienste. Im Interview erklärt Ott, welche Auswirkungen die Chaos-Initiative auf die innere Sicherheit der Schweiz hätte.

**Herr Ott, Sie haben 36 Jahre bei der Fremdenpolizei gearbeitet. Ist Migration etwas Gutes oder etwas Schlechtes?**

Migration ist weder noch. Migration ist einfach eine Tatsache. Die einen verwerfen die Hände, weil sie Migration grundsätzlich für etwas Schlechtes halten. Die anderen haben den Hang, Migration zu glorifizieren. Beide Sichtweisen muss man korrigieren.

**Sie warnen vor der sogenannten Chaos-Initiative, welche die Bevölkerung in der Schweiz bei 10 Millionen deckeln will. Warum?**

Mir scheint das Risiko zu hoch, dass diese Initiative die bilateralen Verträge gefährdet und die Schweiz vom Schengener Abkommen ausgeschlossen würde. Bei internationalen Fahndungen ist aber gerade dieser Austausch unserer Sicherheitskräfte mit der europäischen Datenbank absolut zentral.

**Was würde ein Wegfall von Schengen konkret bedeuten?**

Ohne das Schengener Informationssystem (SIS) wäre die Schweizer Polizei schlicht blind. Es ist Dreh- und Angelpunkt in der täglichen Fahndungsarbeit, allein 2024 gelangen den Schweizer Behörden damit über 21 000 Fahndungstreffer, rund 55 pro Tag! Ohne den automatisierten Datenaustausch müssten wir wieder per Telefon, Funk oder Fax fahnden – das wäre ein Rückschritt in die polizeiliche Steinzeit. Gewalttäter und das organisierte Verbrechen hätten leichtes Spiel, und die Kontrollen

der Grenzwaache wären viel mühsamer und langwieriger – mit entsprechendem Chaos an den Grenzübergängen.

**Können Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?**

Ein echtes Beispiel aus der Ostschweiz: Eine besorgte Mutter meldete sich bei der Polizei, der Expartner habe das gemeinsame Kind entführt. Noch vor Mitternacht ging die Suchmeldung via SIS europaweit raus. Keine 90 Minuten später kontrollierten deutsche Grenzbeamte ein Auto und hatten den Treffer im System. Weniger als sechs Stunden nach dem Notruf hatte die Mutter ihr Kind wieder in den Armen. Ohne SIS wäre ein solches Happy End kaum mehr möglich.

**Welche Rolle spielt die internationale Zusammenarbeit bei organisierter Kriminalität?**

Nehmen wir ein Beispiel aus dem Menschenhandel: Ermittler wissen, dass junge Frauen aus Osteuropa nach Zürich geflogen werden. Dank der Vernetzung mit europäischen Datenbanken können wir die Täter und ihre Buchungsmuster gezielt ins Visier nehmen. Wir können feststellen, ob ein Täter in den vergangenen Monaten bereits mit anderen potenziellen Opfern auf der gleichen Strecke unterwegs war. Nur dank diesen raschen, vernetzten Informationen können wir weitere Opfer identifizieren und sie aus dem Menschenhändlerring befreien. Ohne diese Informationsquelle wären wir auch beim Menschenhandel wirklich blind.



Alexander Ott, Co-Präsident Verband Schweizerischer Einwohnerdienste

**Welche Auswirkungen hätte ein Alleingang der Schweiz im Asylbereich?**

Ein Alleingang würde das Ende der Zusammenarbeit im Rahmen von Dublin bedeuten. Das brächte viel mehr direkte Asylgesuche in der Schweiz und würde das System an die Belastungsgrenze bringen. Das bindet Ressourcen bei den Asylbehörden und belastet massiv die Polizeiarbeit in unseren Kantonen und Gemeinden. Genau diese Polizistinnen und Polizisten fehlen uns dann bei der Kriminalitätsprävention auf der Strasse und der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Alltag.

**Sie stimmen also Nein zur Chaos-Initiative am 14. Juni?**

Ich mache eine Risikoabwägung. In der aktuellen fragilen Weltlage wäre das Verlieren eines zentralen Fahndungsregisters zentral, denn wir erhalten in der polizeilichen Zusammenarbeit viel mehr Daten, als wir liefern. Ich bin überzeugt, dass die Schweiz ohne Schengen und Dublin unsicherer wäre.



Michael Schoy,  
Leiter Kampagnen FDP Schweiz

# Sicherheit ist kein Nice-to-have

Warum die Zivildienst-Revision überfällig ist

Die schleichende Erosion unserer Dienstpflicht gefährdet die Einsatzfähigkeit von Armee und Zivilschutz. Die Revision des Zivildienstgesetzes ist deshalb eine notwendige Korrektur zur Sicherung unserer Verteidigungsfähigkeit.

Die Weltlage hat sich drastisch verändert. Der Ukrainekrieg hat die europäische Friedensordnung erschüttert und das Zeitalter der «Friedensdividende» jäh beendet. Während unsere Nachbarn massiv in ihre Verteidigungsfähigkeit investieren, verharrt die Schweiz im Dornröschenschlaf. Eines der drängendsten Probleme dieser sicherheitspolitischen Naivität: der personelle Aderlass unserer Armee.

## Vom Ausnahmedienst zur bequemen Alternative

Der Zivildienst war als Ausnahme für echte Gewissenskonflikte gedacht, ist heute jedoch zur faktischen Wahlfreiheit verkommen. Die Zahlen sind eindeutig: Seit der Abschaffung der Gewissensprüfung 2009 explodierten die Zulassungen von 1632 auf über 7200 im Jahr 2025. Der zeitliche Faktor 1,5 reicht als Korrektiv längst nicht mehr aus, da die längere Dienstdauer durch massive Privilegien wettgemacht wird. Geregelter Arbeitszeiten, freie Wochenenden und das Schlafen im eigenen Bett machen den Zivildienst zur komfortablen Ausweichmöglichkeit gegenüber der anstrengenden Dienstpflicht in der Armee.

## Systemfehler begünstigt Opportunismus

In den letzten 15 Jahren haben sich nicht die Überzeugungen dieser Männer geändert, sondern das System: Es setzt Fehlanreize und lädt

zu Missbrauch ein. Wenn junge Männer erst bei steigender militärischer Belastung oder lockenden Karriereplänen in den Zivildienst wechseln, ist dies kein Gewissensentscheid, sondern Opportunismus. Diese Entwicklung gefährdet unser Milizsystem. Die Dienstpflicht darf kein Wunschkonzert sein, während Tausende Kameraden unter grosser Belastung den Kernauftrag für unsere Sicherheit erfüllen. Bundesrat und Parlament korrigieren nun diese Schwachstelle.

## Zivildienst als Reservoir für Billiglohnkräfte

Es ist schwer zu erklären, wenn kerngesunde Männer Kopierarbeiten verrichten oder Pausenaufsichten machen, während sie in der Armee oder im Zivilschutz als Fachkräfte fehlen. Der Zivildienst ist zum Reservoir für billige Hilfskräfte verkommen. Die Behauptung, «Zivis» linderten den Fachkräftemangel, ist eine Illusion – sie ersetzen keine diplomierten Fachpersonen. Es ist fahrlässig, strukturelle Löcher im Sozialwesen zulasten der Landesverteidigung zu stopfen. Wenn im Ernstfall Cyberspezialisten oder Drohnenpiloten fehlen, nützt ihr vorheriger Einsatz in Museen wenig.

## Wehrgerechtigkeit stärken

Nachdem die Zulassungen um 400 % explodiert sind, will die Vorlage eine moderate Reduktion um rund 40 %. Wer einen glaubhaften Gewis-

senskonflikt hat, dem steht der Ersatzdienst weiterhin offen. Es geht lediglich darum, das System für Opportunisten unattraktiver zu machen und die Wehrgerechtigkeit wiederherzustellen. Es ist eine Frage der Fairness gegenüber jenen Tausenden Milizsoldaten, die ihren Dienst pflichtbewusst leisten, während andere bisher den Weg des geringsten Widerstands wählen konnten.

## Ein Ja für eine sichere Schweiz

Sicherheit ist das Fundament unseres Wohlstands, doch es gibt sie nicht zum Nulltarif. Am 14. Juni entscheiden wir darüber, ob wir unsere Armee und damit unsere Sicherheit ernst nehmen. Die Revision des Zivildienstgesetzes ist die längst überfällige Korrektur eines Systemfehlers. Sie sichert die Bestände unserer Armee und führt den Zivildienst zu seinem ursprünglichen Zweck zurück.



**Heinz Theiler,**  
Nationalrat Kanton Schwyz



# I want my money back

Die zentralen Dossiers der Frühjahrssession 2026

Und sie bewegt sich doch! Nach jahrelangem hartem Einsatz ist die Heiratsstrafe endlich Geschichte. Die ehemalige CVP gibt sich als schlechter Verlierer und will ihren aussichtslosen Kampf gegen die Individualbesteuerung noch nicht aufgeben. Doch nicht nur in diesem Dossier ist die Mitte immer weniger bürgerlich.

### Mitte-Links will Arbeitnehmer massiv belasten

Die Debatte um die Finanzierung der 13. AHV-Rente ging in die nächste Runde. Am vorletzten Tag der Session diskutierte der Ständerat wieder über die Frage, wie die 13. AHV-Rente finanziert werden soll. Die Mitte-Links-Mehrheit drückte massive Mehrbelastungen zulasten des arbeitenden Mittelstandes durch den Rat. Ergänzt werden sollen diese durch eine zünfti-

ge Mehrwertsteuererhöhung, die die Kaufkraft aller schwächt. Seien Sie versichert: Die FDP wird bei einer solchen Lösung nicht mitmachen. Wir schützen die Löhne und sagen klar: Keine neuen Steuern und Abgaben!

### Note: Ungenügend!

Das «Entlastungspaket 27» zur Entlastung des Bundeshaushaltes wurde im parlamentarischen Prozess derart zusammengestrichen,

dass von einer echten Entlastung kaum mehr die Rede sein kann: Hatte die Expertengruppe Gaillard ursprünglich Entlastungen von 3,9 Milliarden Franken vorgeschlagen, bleiben jetzt noch rund 1,4 Milliarden Franken pro Jahr. Dabei schlug die vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe nicht einmal echte Einsparungen vor. Das Entlastungspaket hätte einzig das Tempo etwas gemässigt, mit dem die Bundesaussgaben jedes Jahr wachsen.

Mit Ausnahme der FDP ist offensichtlich keine der grossen Parteien bereit, jetzt endlich Prioritäten zu setzen. Das Geldverteilen in Bundesbern auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler geht damit munter weiter. Da macht die FDP nicht mit. Wir werden jede neue Steuer entschieden bekämpfen. Der Bund muss endlich lernen, Prioritäten zu setzen.

Doch statt auf die anderen Parteien zu warten, haben wir bereits ein neues Entlastungspaket lanciert, das «Entlastungspaket 29». Der Fokus liegt dabei auf der Erhöhung des Spardruckes, denn: Den mit Abstand grössten Posten im Bundeshaushalt, den Sozialstaat, hat sich bisher noch niemand anzufassen getraut. Obwohl er unendlich wächst. Auf Kosten unserer Sicherheit. Das muss aufhören!

**Politisches Seilziehen um einen Gegenentwurf zur Pro-Putin-Initiative**

Es war eigentlich bereits eine abgeschlossene Sache. Die Pro-Putin-Initiative (auch Neutralitätsinitiative) sollte ohne Gegenvorschlag vor das Volk kommen. Der Nationalrat hatte sich klar hierfür ausgesprochen. Doch der Ständerat brachte einen Gegenentwurf nochmals in die Diskussion – allein durch den Stichtentcheid des Präsidenten. So ging das Pingpong der Räte weiter. Der Nationalrat und die FDP blieben jedoch bis zum Ende klar: ein Gegenvorschlag ist nicht zielführend. Somit gingen je 13 Repräsentanten beider Räte in die Einigungs-

konferenz, in der sich schlussendlich die Position der FDP durchsetzte.

Fakt ist: Die lebendige, bewaffnete Neutralität der Schweiz ist heute bedroht. Die Pro-Putin-Initiative würde es dem Bundesrat verbieten, auf Verletzungen des Völkerrechts zu reagieren. Während die Initianten zwar behaupten, sie wollen die neutrale Vermittlerrolle der Schweiz schützen, handelt es sich dabei nur um einen Vorwand. Unsere Neutralität ist heute weltweit anerkannt, die Initiative ist also unnötig. Sie würde uns einzig verbieten, Sanktionen gegen kriegsführende Staaten zu ergreifen – und somit Autokraten und Kriegstreiber unterstützen.

Das Volk wird voraussichtlich im kommenden Herbst an der Urne über die Pro-Putin-Initiative entscheiden.

**Sicherheit im Fokus**

Die negativen Schlagzeilen häufen sich: Gewaltbereite Chaoten ziehen durch Quartiere, greifen Polizisten an und hinterlassen ein Bild der Verwüstung. Sie unterwandern friedliche

Kundgebungen und hinterlassen Millionen-schäden. Die ausserordentliche Session «Sicherheit» drehte sich unter anderem um die Frage, wie die Schweiz auf solche Entwicklungen reagieren soll. Die FDP konnte zwei wichtige Erfolge einfahren:

So stimmte der Nationalrat einer Motion unserer Sicherheitspolitikerin Jacqueline de Quattro zu, die stärkere Kontrollen von gewalttätig-extremistischen Personen durch den Nachrichtendienst forderte. Ein weiterer Durchbruch gelang unserem NR Christian Wasserfallen: Er forderte, Chaoten und Krauwallmacher nach Gewaltexzessen bis zu 48 Stunden in Haft zu nehmen. Diese Erfolge sind nicht zuletzt den vielen zu verdanken, die die FDP-Petition «Schluss mit Chaos» unterzeichnet und entschlossenes Handeln der Politik eingefordert haben.

**«Jetzt Petition für ein konsequenteres Vorgehen gegen gewalttätige Chaoten unterzeichnen»**



**Christian Steiner,**  
ehem. Fraktionssekretär



**SICHERHEIT..  
SCHWÄCHEN?**

**NEIN**



**ZUR  
CHAOS-INITIATIVE**

[CHAOSINITIATIVE-NEIN.CH](http://CHAOSINITIATIVE-NEIN.CH)

**FÜR EINE SICHERE SCHWEIZ.**

**FDP**  
Die Liberalen

**FDP**  
Die Liberalen

“

Die Chaos-Initiative macht die Schweiz zum blinden Fleck für europaweit gesuchte Kriminelle. Das lehne ich entschieden ab.

Petra Gössi  
Ständerätin

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

**FDP**  
Die Liberalen

“

Kriminalität bekämpft man mit internationaler Zusammenarbeit – nicht mit Isolation. Deshalb lehne ich die Chaos-Initiative entschieden ab.

Maja Riniker  
Nationalrätin

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

**FDP**  
Die Liberalen

“

Der drohende Rauswurf aus dem Dublin-Asylabkommen bedeutet, dass über 300'000 in der EU abgewiesene Asylbewerber in der Schweiz nochmals ein Gesuch stellen können. Wir wollen kein Asylmagnet werden.

**Nein zum Eigengoal!**

Christian Wasserfallen  
Nationalrat

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

**FDP**  
Die Liberalen

“

Ich will die Schweiz nicht zum Magnet für alle Asylanten in Europa machen. Ich sage **NEIN zur Chaos-Initiative!**

Hans Wicki  
Ständerat

”



**CHAOS-INITIATIVE NEIN**

14. JUNI

# Wie sichert die Schweiz ihre Stromversorgung im Winter?

Der Stromverbrauch in der kalten und dunklen Jahreszeit wird bis 2050 steigen. Gleichzeitig wird die Produktion abnehmen. Die gute Nachricht: Eine verlässliche, emissionsarme und bezahlbare Stromversorgung ist möglich – mit einer klugen Kombination mehrerer Technologien!

Die Axpo Energy Reports zeigen zwei realistische Szenarien auf:

## Szenario 1

Ein ausgewogener Mix aus Wasserkraft, mehr Solar, deutlich mehr Windkraft sowie einigen marktaktiven Gaskraftwerken als flexible Ergänzung. Dazu der Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke.

## Szenario 2

Die Schweiz entscheidet sich für zwei neue Kernkraftwerke. Diese koexistieren mit den anderen Technologien: Wasserkraft, mehr Solar, mehr Windkraft sowie marktaktiven Gaskraftwerken.

Scannen Sie hier den QR-Code für die vollständigen Reports:



Erfahren Sie mehr und diskutieren Sie mit.

**Unabhängig davon, welchen Weg die Schweiz letztlich einschlägt, lohnen sich auf jeden Fall vier konkrete Massnahmen:**

- ✓ Bestehende Kernkraftwerke möglichst lange laufen lassen. Das ist die günstigste Art und Weise, der Schweiz Zeit für den Ausbau zu verschaffen.
- ✓ Das Fördersystem mehr auf Winterstrom ausrichten.
- ✓ Den Ausbau der Windkraft beschleunigen.
- ✓ Voraussetzungen für Gaskraftwerke schaffen.

**Faktenbasiert. Ideologiefrei. Transparent.**

Die Axpo Energy Reports sind ein fundierter Beitrag zur Schweizer Energiedebatte. Erstellt wurden sie von über 50 Expertinnen und Experten aus allen Axpo-Geschäftsbereichen, gemeinsam mit der ETH Zürich und dem Paul-Scherrer-Institut. Für alle, die sich informieren und sich in die Diskussion einbringen wollen.